

Zeitschrift:	Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte = Revue suisse d'histoire religieuse et culturelle = Rivista svizzera di storia religiosa e culturale
Herausgeber:	Vereinigung für Schweizerische Kirchengeschichte
Band:	118 (2024)
Artikel:	Wie hast Du's mit der Religion? : Das Schweizerische Ost-Institut, die Kirchen und die Menschenrechte 1974-1975
Autor:	Maurer, Eva
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-1075876

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie hast Du's mit der Religion? – Das Schweizerische Ost-Institut, die Kirchen und die Menschenrechte 1974–1975

Eva Maurer

Zwischen Sommer 1974 und Sommer 1975 beschäftigte sich das *Schweizerische Ost-Institut* (SOI), ein privat finanziertes politisches Forschungsinstitut in Bern, gleich mehrfach mit kirchlichen Fragen. Im Herbst 1974 wurde das Thema in der SOI-Zeitschrift *ZeitBild* aufgegriffen, und in der ersten Jahreshälfte 1975 erschienen drei ausführliche Broschüren zum Themenkomplex «Kirche und Kommunismus» als Sonderdrucke im hauseigenen Verlag. Das SOI, das sich seit 1959 auf die Information und Aufklärung über die Entwicklungen im kommunistischen Machtbereich konzentrierte und dabei die Verhältnisse im Ostblock sehr breit analysierte, hatte sich zwar immer wieder mit Fragen der Religion befasst.¹ Seine Arbeitsschwerpunkte lagen jedoch stärker auf der Innen- und Aussenpolitik sowie auf dem Systemvergleich zwischen ‹freien› Gesellschaft und der ‹totalitären›. Woher also kam dieser intensive Fokus auf Kirchen- und Glaubensfragen in der Endphase des KSZE-Prozesses? In dieser Skizze möchte ich zeigen, wie der Schauplatz Religion für das SOI zu einem Ort der Auseinandersetzung um das Verhältnis von Kirche und Staat, Glaubensfreiheit und politischem Engagement nicht nur in Osteuropa, sondern vor allem auch in der Schweiz wurde.

Eingangs soll die erste Ausformulierung der Themen Glaubensfreiheit und Menschenrechte im innen- und aussenpolitischen Kontext des Instituts und seiner Arbeit gegen Ende 1974 vorgestellt werden. Der zweite Teil beleuchtet die drei Broschüren des SOI inhaltlich, der dritte Abschnitt ihren Entstehungsprozess und die damit verbundenen Personen und Motive. Ein vierter Abschnitt widmet sich den Reaktionen auf die Publikation der Sonderdrucke, die zeigen, wie die vom SOI angefachte Polemik zu einer teils hitzigen Mediendebatte führte, die nicht

¹ Bereits 1967 hatte das SOI unter dem Titel «Kampf des Glaubens» eine Dokumentensammlung zur Verfolgung von Gläubigen in der Sowjetunion veröffentlicht: Georg Bruderer, *Kampf des Glaubens. Dokumente aus der Sowjetunion*, Bern 1967.

ganz entlang der klassischen Trennlinien zwischen bürgerlich-konservativer Presse und eher links-progressiven Strömungen verlief. Abschliessen wird der Text mit einem kurzen Ausblick auf die Präsenz der Themen Religion und Kirche innerhalb des SOI-Diskurses nach 1975.

Der KSZE-Prozess und die Menschenrechte im SOI-Diskurs 1974

1974 stand das *Schweizerische Ost-Institut* im fünfzehnten Jahr seines Bestehens, und das politische und gesellschaftliche Klima, in dem es agierte, hatte sich deutlich verändert: «Wenn [das SOI] in seinen Anfängen noch im Strom der öffentlichen Meinung eingebettet schien, so schwimmt es heute oft gegen den Strom», vermerkte ein Zeitungsbericht 1973.² Zum Zeitpunkt seiner Gründung 1958/59, auf der Welle der Ungarn-Solidarität nach 1956, hatten sowohl das SOI als auch die ebenfalls vom Berner Politikwissenschaftler Peter Sager initiierte *Osteuropa-Bibliothek* auf fast unwidersprochene Unterstützung aus der Schweizer Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zählen können. Doch dieser relativ geschlossene antikommunistische Konsens war schon in den 1960er Jahren zusehends erodiert. Nicht nur forderten und förderten die Annäherungspolitik der Blöcke im Rahmen von *Détente* und KSZE-Politik neue Formen von Dialog und Austausch, auch die globalen Dekolonialisierungsprozesse fügten dem Ost-West-Konflikt eine neue Komponente hinzu. Das SOI richtete seinen Fokus nun zusehends nicht nur auf Osteuropa, sondern auch auf andere Weltgegenden, in denen sozialistische Regimes an die Macht gekommen waren oder zu kommen drohten. Sein strikter Antikommunismus führte dazu, dass es nach dem Sturz Allendes in Chile 1973 die der Machtübernahme folgenden Menschenrechtsverletzungen durch die Militärjunta Pinochets zu bagatellisieren versuchte, womit es sich innenpolitisch teilweise selbst im bürgerlichen Lager ins Abseits stellte.³ Seit dem Sommer 1974 beobachteten SOI-Mitarbeitende auch die «Nelkenrevolution» in Portugal mit grossem Misstrauen, da sie ein weiteres sozialistisches Regime in Europa befürchteten. Und last but not least stand spätestens seit 1968 auch die Neue Linke immer wieder im Visier des SOI.

Wie viele westliche Osteuropaexperten verfolgte das SOI den 1972 begonnenen KSZE-Prozess von Beginn an genau, aber mit grosser Skepsis. Auch 1974 noch schätzte der Jurist László Révész, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter

² Roland Burkhard, Das Schweizerische Ost-Institut im Dienste sachgerechter Information, in: Thurgauer Volksfreund, Kreuzlingen 21.6.1973. Wiederabdruck in: Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI, 30.9.1974, o.S.

³ Die Parteinahme gegen Allendes sozialistisches Experiment in Chile und die Rechtfertigung des Militärputsches hatten in der Presse, aber teils auch unter SOI-Sympathisanten für Gegenwind gesorgt; das Institut verlor Abonnenten, siehe bspw. Archiv SOI (fortan: ArSOI), O42, Korrespondenz 1975, M-Z, Peter Dolder, SOI, an S. Messerli, 6.2.1975.

des SOI, die angestrebte Unterzeichnung der Schlussakte in erster Linie als «rein verbale» Zusagen ein, ohne echte Bereitschaft, die «unmenschliche» Politik des Ostblocks zu ändern.⁴ Dafür fand im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem KSZE-Prozess der Begriff der Menschenrechte Eingang in den Diskurs des SOI. Im Sommer und Herbst 1974 erschien in der Zeitschrift *ZeitBild*, der mit rund 10'000 Abonnenten auflagenstärksten hauseigenen Publikation, eine mehrteilige Artikelreihe unter dem Titel «Menschenrecht contra Sowjetrecht», die die Unvereinbarkeit der durch die KSZE geforderten individuellen Grund- und Freiheitsrechte mit der sowjetischen Gesetzgebung und Rechtspraxis aufzeigen sollte. Die Unterdrückung Andersdenkender war ein Thema, das seit Beginn der 1970er Jahre in der westlichen Öffentlichkeit immer stärker präsent geworden war und mit der Ausweisung des Schriftstellers Alexander Solzenycin im Februar 1974 einen vorläufigen Höhepunkt erreichte – gerade auch in der Schweiz, wo sich Solzenycin die ersten Monate nach seiner Ausweisung aufhielt. Innerhalb der Artikelreihe widmete sich die Folge «Rechte und Kreuze: Die Glaubensfreiheit in der Sowjetunion» den Religionsgemeinschaften und religiös Praktizierenden.⁵ Deren kritische Situation wurde der Schweizer Öffentlichkeit neuerdings auch vom 1972 gegründeten Institut *Glaube in der Zweiten Welt (G2W)* nahegebracht. Pfarrer Eugen Voss, Gründer und Leiter des Instituts, war im Mai 1974 in den Verwaltungsrat des SOI berufen worden; die beiden Institute tauschten auch regelmäßig Schriften aus.⁶

In den ‹langen 1970er› Jahren, so argumentiert etwa Mark Bradley, wurden die Menschenrechte sowohl international als auch in der Schweiz zu einem breit rezipierten und in der Öffentlichkeit präsenten Begriff – nicht nur durch immer wichtigere inter- und transnationale Organisationen wie etwas *Amnesty International*, sondern auch auf der Ebene internationaler Vereinbarungen wie beim KSZE-Prozess, oder der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), der die Schweiz 1974 beitrat.⁷ Der durch den EMRK-Beitritt angeregte Diskussionsprozess im Inland hatte teilweise gravierende Schweizer Missstände in Sachen

⁴ László Révész, Zusammenarbeit mit Regierenden oder Regierten? Die osteuropäische Haltung zur Frage der menschlichen Beziehungen und des freien Informationsflusses an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit Europas (SOI-Sonderdruck 5), Bern 1974, 1.

⁵ László Révész, Rechte und Kreuze. Die Glaubensfreiheit in der Sowjetunion, in: *ZeitBild*, 19 (1974), 4.

⁶ Zur Entstehung von G2W siehe Stéphanie Roulin, Lobbying et expertise durant le processus d'Helsinki, in: Schweizerische Zeitschrift für Religions- und Kulturgeschichte, 115 (2021), 119–135. Zur Wahl von Voss siehe Mitteilungen für die Freunde des SOI, 30.9.1974, 3.

⁷ Mark Philip Bradley, Human Rights and Communism, in: Juliane Fürst/Mark Selden u.a. (Hg.), *The Cambridge History of Communism*. Vol. 3, Cambridge 2017, 151–177, hier 153f. Aus der ausführlichen Literatur zur Evolution des Menschenrechtsdiskurses siehe u.a. Samuel Moyn, *The last utopia: Human rights in history*, Cambridge, Mass. 2012 und zu den

Menschenrechte deutlich werden lassen: etwa die Praxis der «administrativen Versorgung» von Menschen, deren Lebenswandel den herrschenden sozialen Normen nicht entsprach, oder die konfessionellen Ausnahmeartikel, welche die Religionsfreiheit einschränkten. Das rechtsbürgerliche Spektrum, in dem sich das SOI ansiedelte, hatte sich zu solchen Menschenrechtsfragen im Inland wenig oder kritisch geäussert; zur Frage des Frauenstimmrechts schwieg auch das SOI eisern.⁸ Doch der Menschenrechtsdiskurs bot dem antikommunistischen Milieu neue Möglichkeiten, die seit Jahren beklagten Grundrechtsverletzungen in den Ostblockstaaten neu zu benennen und sie in einen aktuelleren, globalen Diskurs zu kleiden – vielleicht nicht zuletzt, um aus dem drohenden ideologischen Abseits der letzten Jahre zurück in eine breiter abgestützte Meinungsmittel zu kommen. So entstand in Bern 1972 die *Stiftung für Freiheit und Menschenrechte*, zu deren Mitbegründern und Vorstandsmitgliedern auch Peter Sager gehörte.⁹ Und 1974 wurde Sager ein Preis für den Aufbau der *Osteuropa-Bibliothek* verliehen, welche «einen wertvollen Beitrag [...] im Kampf gegen die Bedrohung der Menschenrechte [...]» darstelle.¹⁰

«Einsatz für die Menschenrechte [...] ist nicht einseitig zu leisten»

Die drei SOI-Broschüren zum Thema Kirchen und Kommunismus erschienen zwischen Februar und Juli des Jahres 1975 unter der Autorschaft von Peter Sager, umfassten jeweils etwa 50 Seiten und wurden als *SOI-Sonderdrucke*, Nr. 8–10,

1970er Jahren Poul Villaume/Rasmus Mariager/Helle Porsdam (Hg.), The «long 1970s». Human rights, East-West détente and transnational relations, London 2016. Zur Situation in der Schweiz Jon A. Fanzun, Die Grenzen der Solidarität: schweizerische Menschenrechtspolitik im Kalten Krieg, Zürich 2005.

⁸ Siehe bspw. Rolf Weber, Eine dringend fällige Revision. Auf dem Weg zu einem menschenrechtskonformen Versorgungsgesetz, in: Der Bund, 29.07.1974, 3; ausführlich schon Otto K. Kaufmann, Frauen, Italiener, Jesuiten, Juden und Anstaltsversorgte. Vorfragen eines Beitratts der Schweiz zur Europäischen Menschenrechtskonvention, in: Stillstand und Fortentwicklung im Schweizerischen Recht, Bern 1965, 245–262. Während Sager selbst sich nicht öffentlich zum Frauenstimmrecht äusserte, engagierte sich einer seiner engsten Mitstreiter, der Aargauer Fürsprecher Markus Herzig, 1970–1971 als Vorsitzender der Eidgenössischen Aktion gegen die Frauenstimmrechtsvorlage, siehe Moritz Kaufmann, 40 Jahre Frauenstimmrecht. Sind die Gegner des Frauenstimmrechts ausgestorben?, in: Aargauer Zeitung, 07.02.2011. <<https://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/sind-die-gegner-des-frauenstimmrechts-ausgestorben-ld.2044936>> (4.1.2024).

⁹ Die Netzwerke des Stiftungsvorstands überschnitten sich mit dem des SOI und seinem «Freundeskreis»: Gründerin war Lotti Jacobi-Hertig, Ehefrau von Herrmann Jacobi, der seit den frühen Jahren in den SOI-Vorstandsgremien engagiert war; Samra Losinger-Zschokke war die Ehefrau des langjährigen SOI-Sponsors und Verwaltungsrates Vinzenz Losinger. <<https://www.freiheit-und-menschenrechte.ch/uber-uns/>> (26.4.2024).

¹⁰ Magda Neuweiler, Verleihung des Somazzi-Preises 1974 an Peter Sager. Laudatio, 20.10.1974, in: <<https://web.archive.org/web/20170313215100/>; <https://www.somazzi-stiftung.ch/1974%20Peter%20Sager%20Preisverleihung.pdf>> (1.2.2024).

geführt.¹¹ Thematisch lag dabei nur Sonderdruck 9, «Was haben die Kirchen vom Kommunismus zu erwarten?», im üblichen Arbeitsfeld des SOI: er untersuchte die bedrohte bzw. verwehrte Glaubensfreiheit und die Situation kirchlicher Gruppen und Institutionen in Osteuropa. In den beiden flankierenden Sonderdrucken 8 und 10 stand dagegen die Rolle der Schweizer Kirchen und deren Dialog mit und Engagement für die sogenannte Zweite und Dritte Welt im Fokus.

Alle drei Texte folgten dem Genre der sogenannten «Dokumentationen» des SOI, die sich zum grössten Teil aus Reproduktionen übersetzter Originalstimmen und Kommentaren zusammensetzten. Die Wiederabdrucke, oft aus SOI-Publikationen, stammten ursprünglich aus Emigrationszeitschriften wie etwa *Christian-skij golos* in München, aus Samizdat-Sammlungen oder der *Ostpriesterhilfe*. Im Sonderdruck 9 verdeutlichten offizielle Staats- und Parteiverlautbarungen die ideologische Parteilinie; ihnen gegenübergestellt wurden etwa Augenzeugenberichte über religiöse Verfolgung und Unterdrückung vor allem in der Sowjetunion, aber auch in der ČSSR. Gerade das Arbeiten mit Augenzeugenberichten bzw. persönlichen Appellen wurde in den 1970er Jahren von vielen Akteuren zur Generierung von Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt.¹² Der dialektische Collage-Stil betonte die Dissonanz zwischen offiziellem Diskurs und erlebter Realität und die eher krude dokumentarische Art suggerierte gleichzeitig eine ungefilterte Objektivität, auch wenn diese Berichte aus zweiter Hand stammten.

Unter den ergänzenden Artikeln aus der Schweizer Presse waren zwei Beiträge aus der Feder des ukrainischen Emigranten und Politkommentators Bohdan Osadczuk, die ursprünglich in der *NZZ* veröffentlicht worden waren, fast schon modellhaft für den Charakter der Broschüre insgesamt. Osadczuks «Appell sowjetischer KZ-Häftlinge [sic] an die «Sicherheitskonferenz» vom 3. September 1974 kam fast ausschliesslich in Form eines (allerdings nicht belegten) wörtlichen Zitats daher: über hundert politische Häftlinge beschrieben zuhanden der KSZE-Konferenz die systematische Missachtung der Grundrechte von Gefangenen und konterkarierten sie mit der Menschenrechtsrhetorik der Sowjetunion im laufenden Verhandlungsprozess. Gleichzeitig wurde die Situation mit anderen Konflikten verglichen: «Sowjetische Vertreter und auch die Presse im Westen schreiben viel über die Lage der Gefangenen in Chile und in der Republik von Südafrika;

¹¹ Peter Sager, Kommunistischer Versuch zur Unterwanderung schweizerischer Kirchen. Dokumentation: Einführung und Diskussionsbeitrag (SOI-Sonderdruck 8), Bern 1975; ders., Was haben die Kirchen vom Kommunismus zu erwarten? Dokumentation (SOI-Sonderdruck 9), Bern 1975; ders., Problematische Verwendung kirchlicher Hilfsgelder und Informationsträger: Dokumentation (SOI-Sonderdruck 10), Bern 1975.

¹² Siehe dazu Mark Philipp Bradley, The Origins of the 1970s Global Human Rights Imagination, in: Villaume u.a., The «long 1970s» (wie Anm. 7), 15–32, hier 21–28.

das verstehen wir sehr gut, die wir uns in derselben Lage befinden [...].»¹³ Auch der zweite Artikel Osadczuks legte Dissident*innen in der Sowjetunion solche Aussagen in den Mund: «Widerstandskämpfer in der Sowjetunion lassen durchsickern, man hoffe, dass jene Kreise im Westen, die sich so sehr für ‹Vietnam› einsetzen, ihr Augenmerk vermehrt den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im kommunistischen Machtbereich zuwenden werden.»¹⁴ Auf diese Weise wurde der Fokus nicht nur auf die (unbestritten kritische) Situation von religiösen Praktizierenden im Ostblock gerichtet, vielmehr wurde deren Lage ständig mit anderen Menschenrechtsverletzungen in der Welt verglichen, wobei suggeriert wurde, dass die westliche Aufmerksamkeit das Los der Ostblock-Opfer zu wenig wahnehme, während Fälle in anderen Regionen stärker, wenn nicht sogar übertrieben genau beobachtet und kommentiert würden.

Der Sonderdruck 8, «Kommunistischer Versuch zur Unterwanderung schweizerischer Kirchen», widmete sich dem Besuch einer Gruppe von Christen aus der DDR in der Schweiz im Juni 1974. Letztere waren auf Einladung des reformierten Pfarrers Matthias Thurneysen aus Zürich von den reformierten Kirchen der Kantone Basel-Stadt, Bern und Zürich sowie von der katholischen Kirche Zürichs für einen Gegenbesuch eingeladen worden, nachdem eine Schweizer Gruppe 1973 eine Reise in die DDR unternommen hatte. Die Gruppe aus der DDR traf sich mit Schweizer Kirchenangehörigen für ein ökumenisches Seminar in Einsiedeln, besuchte einige Kirchengemeinden und auch den *Ökumenischen Rat der Kirchen* (fortan ÖRK) in Genf. Der SOI-Sonderdruck druckte den (unveröffentlichten) Bericht von Pfarrer Thurneysen an die Kirchenleitungen ab, aber auch das in Einsiedeln gehaltene Referat des DDR-Vertreters Gerhard Quast. Flankiert wurden diese Texte durch offizielle Verlautbarungen aus der DDR und der Sowjetunion, welche die ideologische Position der Regimes gegenüber den Kirchen verdeutlichen sollten. Ziel der Zusammenstellung war offenkundig zu zeigen, wie jede ‹inoffizielle› Bürger*innenbegegnung zwischen Ost und West stets den Charakter einer politischen Mission trug. Auch in seiner ausführlichen Einleitung beharrte

¹³ «Alle Andersdenkenden werden eingesperrt, denn ein Mitarbeiter des Innenministeriums hat erklärt, ‹die Charta der Menschenrechte ist für Neger [sic], aber nicht für Euch›», in: [Bohdan Osadczuk] (ok.), Appell sowjetischer KZ-Häftlinge an die «Sicherheitskonferenz». Warnung vor Konzessionen in humanitären Fragen, in: NZZ, 3.9.1974. Nachdruck in Sager, Was haben die Kirchen vom Kommunismus zu erwarten (wie Anm. 11), 41.

¹⁴ [Bohdan Osadczuk] (ok.), Gelehrte im Irrenhaus, in: NZZ, 4.2.1973. Nachdruck in: Sager, Was haben die Kirchen vom Kommunismus zu erwarten (wie Anm. 11), 42. Hervorhebung im Original. Bei beiden Artikeln fehlen Quellenangaben. Osadczuk liess später durchblicken, dass er sich im Umgang mit seinen Quellen einige Freiheiten herausgenommen hatte: [Dedial, Jürg] (de.), Bohdan Osadczuk gestorben, in: NZZ, 21.10.2011, 5. Auch bei anderen angeblich von anonymen Autoren aus dem ‹Ostblock› stammenden Berichten stellen sich ähnliche Fragen, etwa beim im Sonderdruck 10 reproduzierten Beitrag von ‹H. Stress› (wie Anm. 11, 45–49).

Sager darauf, dass es sich bei den Hauptrednern aus der DDR um politische Funktionäre und bei den offiziellen Programmreden um «Sowjetpropaganda» gehandelt habe: die Vorstellung, es stünden bei diesen Treffen theologische Fragen und die Möglichkeit des individuellen Kontakts im Vordergrund, sei bestenfalls naiv, möglicherweise aber gezielte Beschönigung.¹⁵ Er warf den Organisatoren vor, die Schweizer Kirchenbehörden «über den Hintergrund der Besuche und des Seminars im Unklaren gelassen» und eine Reportage in Radio DRS über das Treffen «zur Tarnung und Verharmlosung der Angelegenheit» benutzt zu haben.¹⁶ Auch wenn die Motive für den Austausch lautere gewesen sein mochten, so habe doch «die Aufnahme eines offiziellen oder offiziell geduldeten Gesprächs mit Vertretern einer Diktatur [...] politische Folgen», so Sager.¹⁷

Der Sonderdruck 10, «Problematische Verwendung kirchlicher Hilfsgelder und Informationsträger», schlug gleich eingangs in die gleiche Kerbe: «In weiten Kreisen des protestantischen und katholischen Kirchenvolkes wächst seit einiger Zeit die Besorgnis über ein einseitiges und unkritisches politisches Engagement gewisser kirchlicher Funktionäre», so Sager.¹⁸ Das Phänomen, «die religiösen und seelsorgerischen Aufgaben der Kirchen durch eine ideologisch ausgerichtete, gesellschaftspolitische Betätigung zu erweitern oder sogar zu ersetzen», sei in den meisten westlichen Staaten zu beobachten. Die Kirche aber habe andere Aufgaben als ein Staat; und kirchliche Steuergelder sollten nicht «zur Verbreitung einseitiger politischer Ansichten eingesetzt werden».¹⁹ Konkret entzündete sich der Zorn des SOI in dieser Broschüre an einer Reihe von Aktivitäten unterschiedlicher Akteure aus dem kirchlichen Spektrum: etwa an einer Spende des *Hilfswerks der Evangelisch-reformierten Kirche der Schweiz* (HEKS) und des Missionsrates für das Antirassismusprogramm des ÖRK, aber auch am Engagement für die sogenannte *Ujaama-Kaffee-Aktion*, eine der ersten «Fair Trade»-Aktionen, bei der Kaffee aus Tansania direkt in der Schweiz vermarktet wurde, um den Produzierenden einen höheren Preis zu gewährleisten.²⁰ Sager echauffierte sich aber auch über angeblich einseitige Berichterstattungen in Publikationen kirchlicher Hilfswerke und Entwicklungsorganisationen, über die Unterstützung von befreiungstheologisch ausgerichteten Publikationen in Ländern der Dritten Welt sowie eine angebliche Linkslastigkeit des Filmprogramms der kirchlichen Filmdienste – ein

¹⁵ Sager, Kommunistischer Versuch (wie Anm. 11), 4–9.

¹⁶ Sager, Kommunistischer Versuch (wie Anm. 11), 10.

¹⁷ Sager, Kommunistischer Versuch (wie Anm. 11), 15.

¹⁸ Sager, Problematische Verwendung (wie Anm. 11), 1.

¹⁹ Sager, Problematische Verwendung (wie Anm. 11), 2–3.

²⁰ Die Ujamaa-Aktion wurde in der Schweiz u.a. getragen von der «Erklärung von Bern» sowie verschiedenen kirchlichen Kreisen. Ausführlich dazu siehe Konrad J. Kuhn, Fairer Handel und Kalter Krieg. Selbstwahrnehmung und Positionierung der Fair-Trade-Bewegung in der Schweiz, 1973–1990, Bern 2005.

bunter Strauss an Vorwürfen an ganz unterschiedliche Akteure aus dem kirchlich-sozialen Bereich also. All diese Fälle, so Sager in der Einleitung, seien «bewusst oder unbewusst Äusserungen einer *revolutionären Haltung innerhalb der Theologie*. Wenn die Kirche sich zu einer in diesem Sinne revolutionären Kirche wandeln soll, darf dies nicht geschehen, ohne dass die Kirchenglieder mitsprechen [...]. Die Kirche ist auf dem guten Weg, sich von ihrer traditionellen politischen Bindung zum Staat zu lösen [...]. Der Mensch in seiner Beziehung zu Gott soll im Mittelpunkt der Kirche stehen. Das bedeutet Einsatz für die Menschenrechte. Aber solcher Einsatz ist nicht einseitig zu leisten [...]».²¹

War im Sonderdruck 8 noch von einem problematischen Einzelanlass (der Begegnung mit der DDR-Delegation) die Rede, und hatte Sonderdruck 9 noch einmal die Unterdrückung freier Religionsausübung in sozialistischen Staaten betont, so vermittelte Sonderdruck 10 den Eindruck, dass in der Schweiz breite Kreise im Bereich der kirchlichen Hilfswerke, Einrichtungen, Publikationen und Dienste zum Teil unkritisch oder fahrlässig, aber auch bewusst sozialistisches Gedankengut stärkten und/oder eine sozialistische(re) Gesellschaftsordnung in der Welt und damit, so die implizite Botschaft, auch in der Schweiz anstrebten. Noch deutlicher war hier zudem ein Aufruf zum politischen Handeln formuliert: Die Kirche müsse «danach trachten, ihre Institutionen wieder in den Griff zu bekommen. Das setzt auch eine umfassende Untersuchung über die politische Ausrichtung kirchlicher Organisationen voraus [...].»²² Während im Osten die kirchlichen Organisationen als Handlanger des Staates dafür kritisiert wurden, dass sie die Gläubigen unterdrückten, sollten in der Schweiz die (aus SOI-Sicht) zu engagierten Mitglieder der Kirche von der kirchlichen Hierarchie wieder auf (ideologisch einwandfreien) Kurs gebracht werden.

Hintergrund und Entstehungsprozess einer konzentrierten Aktion

Das inhaltliche Crescendo der drei Broschüren war durchaus geplant, wie ein Blick auf ihren Entstehungsprozess zeigt. Zwar erschienen alle drei unter dem Namen von Peter Sager und wurden in Verlagsverzeichnissen als SOI-Publikationen beworben. Tatsächlich jedoch arbeiteten Sager und der SOI-Geschäftsführer Peter Dolder dabei von der Konzeption bis zur Publikation eng mit dem Zürcher

²¹ Sager, Problematische Verwendung (wie Anm. 11), 20–21. Hervorhebung im Original.

²² Sager, Problematische Verwendung (wie Anm. 11), 22.

Industriellen und FDP-Politiker Heinrich Spoerry-Zeller (1906–1982) aus Küsnacht ZH zusammen.²³ Spoerry, Sohn des gleichnamigen Fabrikanten aus dem Zürcher Oberland, war in der Welt der rechtsliberalen Zürcher FDP der Kriegs- und Nachkriegszeit bestens vernetzt: er sass unter anderem im Verwaltungsrat der *Schweizerischen Kreditanstalt* und war politisch im *Redressement National* sowie beim *Trumpf Buur* aktiv.²⁴ Spoerry und Sager hatten sich im Herbst 1974 getroffen und sehr schnell eine Übereinkunft getroffen, das Thema «Kirchen und Kommunismus» in einer Broschürenreihe des SOI aufzunehmen. In der ersten Aktennotiz hielt das SOI die Abmachungen zur (im militärischen Jargon beschriebenen) «Aktion» fest: Die drei Broschüren sollten als «*drei <Schläge> nacheinander* (nicht auf einmal)»²⁵ erscheinen – nach «verdauter Festzeit», wie Spoerry sich ausdrückte.²⁶ Eine Bestellkarte mit Prospekt sollte an alle «Pfarrer und Priester der deutschen Schweiz [...] sowie die Kirchenpflegen und kirchlichen Oberbehörden» geschickt werden.²⁷ Spoerry gewann für dessen Ausarbeitung das Büro Eibel, das für die FDP, das *Redressement National* und andere rechtsbürgerliche Organisationen politische Werbung betrieb.²⁸ Die Broschüren sollten gemeinsam «mit bürgerlichen Parteien und vaterländischen Organisationen» verbreitet werden, um «kirchliche und politische Behörden auf das Problem zu lenken (z. Bsp. Eingaben an die Kirchenbehörden wichtiger Ortschaften, an Regierungsräte als Oberaufsicht über die kant[onalen] Kirchenbehörden; oder Interpellationen an Kirchengemeindeversammlungen, in den Kirchensynoden und allenfalls den

²³ Der entsprechende Ordner gelangte als separate Nachlieferung aus dem Nachlass Peter Sager/SOI erst später an die SOB, wo er heute als Teil des Archivs SOI (ArSOI Of9) aufbewahrt wird; er enthält neben der Korrespondenz zwischen Spoerry und Sager weitere Dokumente aus dem Entstehungsprozess der Broschüren. Die reguläre Korrespondenz des SOI dieser Jahre umfasst Reaktionen, aber keine Hinweise auf die Initiierung und Finanzierung der Aktion.

²⁴ Heinrich Spoerry-Zeller, 1906–1982, von Wald ZH, in Küsnacht ZH, war Sohn des gleichnamigen Fabrikanten im Zürcher Oberland und leitete lange Jahre die Firma Spoerry & Schaufelberger in Wald ZH. Siehe Portrait Archiv ZGF Heinrich Spoerry-Zeller Küsnacht ZH, <https://www.portraitarchiv.ch/portrait/show/235763> (15.07.2023); Nachruf in Küsnachter Jahresheft 1983, 102f.; Elites suisses: <https://www2.unil.ch/elitessuisses/personne.php?id=61338> (1.3.2024).

²⁵ ArSOI, Of9, Korrespondenz zu Sonderdrucken 8–10, Aktennotiz zu den Besprechungen zwischen Dr. P[eter] Sa[ger] (SOI) und Dr. H.[einrich] Sp.[oerry] vom 3. und 21. 10. 1974, S. 2; undat., vermutlich Ende Okt. / Anfang Nov. 1974. Hervorhebungen im Original.

²⁶ ArSOI, Of9, Korrespondenz zu Sonderdrucken 8–10, Aktennotiz (wie Anm. 23). Spoerry selbst sei als Einzelperson mit seinem «schwindende[n] Renteneinkommen» gegenüber «den mit Kirchensteuern finanzierten Sekretariaten und dem evang. Pressedienst handikapiert» und nicht in der Lage, der «rote[n] Flut» allein Herr zu werden, wie er betonte.

²⁷ ArSOI, Of9, Korrespondenz zu Sonderdrucken 8–10, Aktennotiz (wie Anm. 23).

²⁸ ArSOI, Of9, Spoerry an Sager, 6.1.1975.

kant[onalen] Parlamenten) [...].²⁹ Bereits im Herbst nahm Spoerry mit dem damaligen Präsidenten der FDP des Kantons Zürich, (dem späteren Bundesrat) Rudolf Friedrich Kontakt auf, der ihm gemäss Spoerry aktive Unterstützung bei der Verbreitung versprach.³⁰ Auch der *Schweizerische Aufklärungsdienst* SAD, eine langjährige seelenverwandte Institution des SOI, wurde mit eingespannt.³¹ Spoerry lieferte für alle drei Broschüren Textgrundlagen, kümmerte sich aber vor allem um die Finanzierung der Broschüre. Für die Kostenübernahme wurde anfangs noch die *Wirtschaftsförderung* (wf) angedacht;³² später fand sich ein ungenannt bleibender privater Sponsor, der vermutlich ebenfalls aus dem Zürcher FDP- und Industriellenmilieu stammte, und die sogenannte ‹Defizitgarantie› von 15 000 CHF sicherstellte.³³

Spoerrys und Sagers engmaschige Korrespondenz zwischen Oktober 1974 und Februar 1975 zeigt, wie politische Überlegungen die Reihenfolge der Broschüren beeinflussten. So sollte Sonderdruck 10, ursprünglich «Darf politischer Missbrauch von kirchlichen Hilfsgeldern und kirchlichen Publikationsorganen geduldet werden?» genannt, «als letzte erscheinen und etwas näher an die Wahlen verlegt werden [...]»,³⁴ denn im Herbst 1975 fanden im Kanton Zürich sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene Wahlen statt. Diese standen klar auch im Fokus des Interesses: Sagers erste Textentwürfe, für die er verschiedene Theologen und engagierte Laien konsultiert hatte,³⁵ wurden von Spoerry als zu «weitläufig» zurückgewiesen: Die Broschüre bezwecke ja nicht nur «Information und Begründung bzw. Kommentierung des Problems», sondern sie sollte «aufhorchen lassen und politische Reaktionen auslösen [...]»; das ist jedenfalls das Motiv für die erhaltene Defizitgarantie, im Hinblick auf welche die theologisch-theoretischen Überlegungen nicht zu grossen Raum einnehmen sollten».³⁶

²⁹ ArSOI, Of9, Korrespondenz zu Sonderdrucken 8–10, Aktennotiz (wie Anm. 23).

³⁰ ArSOI, Of9, Korrespondenz zu Sonderdrucken 8–10, Aktennotiz (wie Anm. 23).

³¹ ArSOI, Of9, Peter Sager an H. Ulmer, Zentralsekretariat SAD [Schweizerischer Aufklärungsdienst], 29. 1. 1975. Die früher zwischen SOI und SAD abgesprochene Trennung der ‹Arbeitsgebiete› in Aussenpolitik (SOI) und Inland (SAD) war offenkundig weniger klar als auch schon.

³² ArSOI, Of9, Korrespondenz zu Sonderdrucken 8–10, Aktennotiz (wie Anm. 23). Die Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, kurz Wirtschaftsförderung (oder wf), gehörte zu den regelmässigen Förderorganisationen des SOI.

³³ Spoerry hatte diesen offensichtlich engeren Bekannten in der Zürcher Volkswirtschaftlichen Gesellschaft getroffen. In den Unterlagen findet sich eine Kopie des Briefes; bereits im Original waren jedoch alle Adressen und Anreden unkenntlich gemacht: ArSOI, Of9, H. Spoerry-Zeller an unbekannt, 14.11.1974, typoskr. (kop.).

³⁴ ArSOI, Of9, Spoerry an Sager, 6.1.1975.

³⁵ Siehe u.a. die Briefwechsel mit dem Theologen U. Neuenschwander, Pfarrer M. Huber und Briefen an Eugen Voss zwischen November 1974 und Februar 1975, alle in ArSOI, Of9.

³⁶ ArSOI, Of9, Spoerry an Sager, 6.1.1975.

«Nach der Antwort der Angegriffenen bleibt von diesem Vorwurf nichts mehr übrig»³⁷ – Reaktionen auf die Broschüren des SOI

Wenn Sager und Spoerry bei den Broschüren daran gelegen war, Aufmerksamkeit für ihr Thema zu generieren, so wurde dieses Ziel erreicht. Sehr rasch nach der Erscheinung des Sonderdrucks 8, bereits im März 1975, meldete sich der *Evangelische Pressedienst* (EPD) mit einer mehrseitigen Stellungnahme zu Wort. EPD-Redaktor Walter Wolf warf Sager vor, die Dokumentation sei «fragmentarisch und teilweise unrichtig», Sagers eigener Beitrag einseitig. Insbesondere seien die Reaktionen, Diskussionen und Debatten der Schweizer Delegation am Seminar mit den DDR-Gästen unterschlagen worden. Die Schweizer Teilnehmenden hätten sich keineswegs passiv indoktrinieren lassen, sondern seien in einen Dialog unterschiedlicher Meinungen eingetreten. Sagers «Pauschalurteil» laufe Gefahr, «Kritik, die in demokratischer Freiheit und Loyalität geübt wird, kommunistisch zu verdächtigen und sie dadurch mundtot zu machen. Damit wird nicht die Kirche, wohl aber die Demokratie in ihrem Herzstück getroffen.»³⁸ Auch aus der Reihe der Pfarrherren kamen klare Worte: «Ich bin nicht nur enttäuscht darüber für wie dumm Sie die schweizerische Pfarrerschaft halten, sondern fühle mich auch betrogen, da ich eine ‹Dokumentation› bestellte, stattdessen aber Ihre eigenen Schlüsse, Annahmen und Unterschiebungen aufgrund von veröffentlichten Artikeln erhielt. Mir scheint, dass das Ost-Institut mit Veröffentlichungen dieser Art der Beziehung Kirche-Staat und unserer Demokratie überhaupt einen sehr schlechten Dienst erweist.»³⁹

Während die zweite Broschüre zur Situation der Christen in Osteuropa wenig Reaktionen hervorrief, wurde die Kontroverse nach dem Erscheinen der Broschüre «Problematische Verwendung kirchliche Hilfsgelder» im Juli 1975 noch intensiver. In der religiös-sozialistischen Zeitschrift *Neue Wege* erschien eine scharfe Replik der Redaktorin Berthe Wicke, die Sagers Unterstellungen, die Kaffee-Aktion *Ujamaa* habe in die eigene Tasche gewirtschaftet, vehement bestritt und andere Zahlen vorlegte. Wicke wies auch darauf hin, dass der Sonderdruck offenbar gezielt an Kirchengemeindemitglieder verschickt worden sei, um «die Entwicklungsarbeit dieser Organisationen in Verruf zu bringen», und machte damit auf die denunziatorische Anstriche tragende Taktik der Autoren aufmerksam.⁴⁰

³⁷ [Reinhard Kuster-Kunz] (rkr.), Kirchliche Hilfsgelder im Prüfstand?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 11.10.1975, S. 32.

³⁸ ArSOI, Oc1, Korrespondenz unsortiert, 1960–1975, Walter Wolf, EPD Nr. 17, 25.3.1975, 5.

³⁹ ArSOI, O42, P. Rutishauser, Pfarramt, Horn an Peter Sager, 16.4.1975 (Rutishausers Rückmeldung bezog sich auf die ersten beiden Broschüren. Hervorhebung im Original).

⁴⁰ Berthe Wicke, Verdächtigungsindustrie und die Kaffee-Aktion Ujamaa, in: *Neue Wege. Religion und Sozialismus*, 69/10 (1975), 326–327.

Besonders die in Sagers Einleitung ohne Quellennachweis gedruckte Aufstellung von angeblichen Ausgaben und Einnahmen stiessen auf breite Kritik. Selbst ein Pfarrer, der inhaltlich durchaus auf Sagers Linie war, fragte zweimal nach, aus welcher Quelle Sager denn seine Auflistung der Beiträge des ÖRK an sogenannte Befreiungsorganisationen bezogen habe.⁴¹

Auch die überregionale Tagespresse nahm das Thema auf. Der «Tagesanzeiger» bot Sager schon im Juli 1975, dann wieder im Oktober die Möglichkeit einer schriftlichen Auseinandersetzung zur «politischen Verwendung kirchlicher Hilfsgelder» an. Die Debatte hätte direkt vor der Vollversammlung des ÖRK in Nairobi Ende November 1975 abgedruckt werden sollen,⁴² Sager lehnte jedoch ab.⁴³ Inzwischen waren weitere, überwiegend kritische Reaktionen in der Tagespresse erschienen. Am bittersten und vielleicht am überraschendsten für Sager waren die scharfen Worte in der «Neuen Zürcher Zeitung». Die Leiter von vier angeschuldigten Institutionen (u.a. HEKS und Missionsrat) erhielten ausführlich Raum zur Gegendarstellung, in der sie Sagers Anschuldigungen nicht nur entkräfteten, sondern auch betonten, dass sie im Vorfeld von ihm nie kontaktiert worden seien. Sager wurde direkt angemahnt «[...] sich vorher besser zu informieren, um so mehr, als dies ohne besondere Anstrengung möglich wäre. Sonst läuft man Gefahr, Verdächtigungen anzuheizen, die das politische Klima belasten».⁴⁴

Diese Kritik spezifisch an Stil und Form der Auseinandersetzung findet sich auch in einigen privaten Zuschriften an Sager und das SOI, unter denen die negativen Stimmen dominierten: «Ich gehöre zur sog. freien (kapitalistischen) Wirtschaft. Aber ich bin für Versöhnung und nicht für Kampf. Was Sie über «Kirche und Kommunismus» schreiben, beweist einzig, dass Sie im Religionsunterricht

⁴¹ ArSOI, O41, Korrespondenz 1975 A–L, Pfr. M. Bach, Uster, an Peter Sager, 23.8. und 2.9.1975. Bach hatte vermutlich einen Entwurf zu Sonderdruck 10 vorab gelesen.

⁴² ArSOI, O42, Korrespondenz 1975, M–Z. Brief an Peter Sager und Pfarrer Rusterholz, Peter Studer, Tages-Anzeiger, 29.10.1975. Pfarrer Heinrich Rusterholz vom Pfarramt für Ökumene, Mission und Entwicklungsfragen aus Zürich war als Gegenpart der Diskussion angefragt worden.

⁴³ ArSOI, O42, Korrespondenz 1975, M–Z, P. Sager an Hr. Plattner, Tages-Anzeiger, 3.11.1975. Sager äusserte in diesem Brief die Absicht, die zahlreichen Entgegnungen erst zu analysieren und seine Replik in einen neuen Sonderdruck zu verarbeiten. Dazu scheint es aber nicht gekommen zu sein.

⁴⁴ Rkr., Kirchliche Hilfsgelder im Prüfstand? (wie Anm. 37). Reinhard Kuster-Kunz (1921–1997) war langjähriger Redaktor des «Kirchenboten» (siehe <https://www.baslerstadtbuch.ch/chronik/1997/08/05/im-rhypark-wird-die-von-mehreren-organisationen-getragene-international-besetzte-dreitaegige.html> (20.9.2023)). Kuster korrespondierte auch privat mit Sager zum Thema: ArSOI, O41, Korrespondenz 1975 A–L, Reinhard Kuster an Peter Sager, 29.10.1975.

nicht aufgepasst haben. Ich lade Sie freundlich ein, am Leben Ihrer Kirchgemeinde teilzunehmen.»⁴⁵

Von Seiten Spoerrys ist kein Wort mehr nach der Veröffentlichung der Sonderdrucke überliefert; einzig Robert Eibel erkundigte sich noch, wie die Bewerbung der Broschüren im «Trumprf-Buur» denn nun gewirkt habe.⁴⁶ Die zwei Wochen nach der Kritik in der NZZ stattfindenden nationalen und kantonalen Wahlen brachte der Zürcher FDP einen leichten Zuwachs und der bürgerlichen Allianz die absolute Mehrheit im Kantonsrat, auch wenn sich insgesamt die grossen Parteien weiterhin die Waage hielten.⁴⁷ Sager und das SOI dagegen mussten den hauptsächlich negativen Backlash der Aktion verarbeiten. Eine zwischenzeitlich von Sager ins Auge gefasste Replik auf die Kritik in der NZZ scheint nicht zu stande gekommen zu sein.⁴⁸ Möglicherweise auch wegen der negativen Reaktionen wurden die drei Sonderdrucke, im Gegensatz zu anderen Publikationen, in der SOI-Zeitschrift *ZeitBild* kaum angepriesen; auch in den Berichterstattungen für den eigenen Verwaltungsrat und die *Freunde des SOI* wurden andere, weltpolitische Themen als Arbeitsschwerpunkte in den Vordergrund gerückt.

Ausblick: Das SOI und die Beschäftigung mit Religion und Menschenrechten nach 1975

Bis zum Ende der 1970er Jahre sollten sich das SOI und seine Mitarbeitenden noch mehrfach mit dem Thema «Kirchen und Kommunismus» beschäftigen. Sager wurde auf Vorschlag von Eugen Voss eingeladen, 1976 an einem Workshop der reformierten Kirche zu den Treffen zwischen Christen in Ost und West teilzunehmen.⁴⁹ László Révész veröffentlichte 1977 einen Band zu den Menschenrechten in der UdSSR im Verlag des SOI sowie eine Dokumentation zur «Religionsfreiheit in Osteuropa nach Helsinki», letztere allerdings im Verlag G2W.⁵⁰

⁴⁵ ArSOI, O41, Korrespondenz 1975, A–L, o.V., «Zurück an den Absender»: typogr. Rückmeldung auf einem Couvert, [o.D.]; s.a. Brief von A. K. an Redaktion *ZeitBild*, 12.7.1975., ebd.

⁴⁶ ArSOI, O41, Korrespondenz 1975 A–L, Aktion für freie Meinungsbildung/Trumpf Buur, Chr. Eibel an Peter Sager, 25.7.1975. Eine Antwort ist leider nicht überliefert.

⁴⁷ Année politique Suisse 1975 – Wahlen, in: https://anneepolitique.swiss/APS/de/APS_1975/APS1975_I_1_e.html (05.01.2024).

⁴⁸ ArSOI, O42, Korrespondenz 1975, M–Z, Brief von P.S. an A. Mettler-Bener, 24.10.1975.

⁴⁹ ArSOI, O41, Korrespondenz 1975 A–L, P. de Mestral an Peter Sager, drei Briefe, Oktober–Dezember 1975.

⁵⁰ László Révész, Menschenrechte in der UdSSR (Tatsachen und Meinungen 38), Bern 1977 und ders., Die Religionsfreiheit in Osteuropa nach Helsinki. Recht und Wirklichkeit: Erfahrungen von Katholiken, Dokumentation des «Glaube in 2. Welt», Küsnacht 1977.

Trotz dieser punktuellen Zusammenarbeit mit einzelnen Autoren waren die Beziehungen zwischen G2W und SOI aber weniger eng als teilweise suggeriert.⁵¹ Für den im September 1975 von Eugen Voss mit Hansjürg Stückelberger organisierten «Marsch für die verfolgten Christen» lieferte das SOI zwar Adressen aus seiner Kartei von Subskribenten und Freunden, allerdings gegen Bezahlung.⁵² Letztlich schlügen die beiden Organisationen im Nachgang der KSZE-Schlussakte andere Wege ein: Eugen Voss und das *Institut G2W* unterstützten die nun entstehenden Menschenrechtsgruppen in Osteuropa, wurden zu einer wichtigen Stimme in der Helsinki-Bewegung und nahmen sich dem Support der unterdrückten Christen im Osten aktiv an. Das SOI dagegen engagierte sich kaum in diesem Bereich.⁵³ Für Peter Sagers Kreis stand in den 1980er Jahren weniger die Gläubensfreiheit im Osten im Fokus als vielmehr die Ausrichtung der Kirchen im Westen: Sagers enger Vertrauter Markus Herzig leitete ab 1981 die *Aktion Kirche wohin?*, die sich ganz dem Kampf gegen «Linkstendenzen» in den Schweizer Landeskirchen verschrieben hatten; sein Freund Sager sass im Vorstand.⁵⁴

Während sich das *Institut G2W* auch in den nächsten Jahren ausschliesslich auf den Bereich Religion in Osteuropa konzentrierte, waren Sager und das SOI stets an vielen Schauplätzen aktiv, mit verschiedenen Kooperationspartnern und Geldquellen. Dass das SOI 1975 finanzielle Transparenz von den unter Generalverdacht gestellten kirchlichen Organisationen einforderte und sie der Falschabrechnung bezichtigte, während es selbst nicht deklarierte, dass diese Angriffe in finanzieller wie programmatischer Kooperation mit Kreisen der Zürcher FDP erfolgten, stand in deutlichem Widerspruch zur «Unabhängigkeit», die das Institut gern für sich reklamierte.⁵⁵ Die Intransparenz über die zahlreichen privaten und

⁵¹ Den Eindruck enger Zusammenarbeit hatte vor allem das Standardwerk «Unheimliche Patrioten» suggeriert (Peter Haffner/Jürg Frischknecht/Ueli Haldimann u. a., *Die unheimlichen Patrioten: politische Reaktion in der Schweiz: ein aktuelles Handbuch*, Zürich 1979); Stéphanie Roulin hat dies aber bereits in ihrer Arbeit über G2W aufgrund des Materials von G2W widerlegt: Roulin, *Lobbying et expertise* (wie Anm. 6).

⁵² Siehe besonders Aktion für freie Meinungsbildung/Trumpf Buur, Chr. Eibel an Peter Sager, 25.7.1975 sowie weitere Briefe zwischen April und Juli 1975 in: ArSOI, O41, Korrespondenz 1975 A–L. Ausführlich zur dieser Aktion Roulin, *Lobbying et expertise* (wie Anm. 6), bes. 127–128.

⁵³ Auf die Anfrage des georgischen Helsinki-Komitees 1977, sich finanziell an der Verteidigung von Zviad Gamsachurdia zu beteiligen, ist keine Antwort überliefert: Comité pour l’application des accords d’Helsinki en Géorgie, an SOI, 5.10.1977, in: ArSOI, Od1, Korrespondenz SOI, 1966–1977.

⁵⁴ Aus der umfangreichen Literatur hier nur die Replik der Angeschuldigten: Klaus Bäumlin, Arbeitskreis Kirchlicher Publizisten: «Kirche wohin?»: eine politische Aktion. Kritische Auseinandersetzung mit einem kämpferischen Verein. Eine Dokumentation, Bern 1989.

⁵⁵ «Das Schweizerische Ost-Institut (SOI) erforscht und beobachtet [...] die Vorgänge in kommunistisch geführten Staaten. Es ist eine auf privater Initiative aufgebaute, unabhängige und nicht gewinnstrebige Institution.» Verlagstext, in: Sager, *Kommunistischer Versuch* (wie Anm. 11), [54].

institutionellen Finanzierungsquellen des SOI und seiner Aktivitäten wurde von manchen Zeitgenossen kritisch wahrgenommen und trug wohl zusammen mit der eng an die US-Aussenpolitik angelehnte Beurteilung etwa der Situation in Chile seit 1973 mit dazu bei, dass das SOI immer wieder bezichtigt wurde, im Sold der CIA zu stehen.⁵⁶

Die hier vorliegende Skizze erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern wagt einen ersten Einblick in neu zugängliche Archivbestände. Sie zeigt aber, wie das SOI darum rang, den im In- wie Ausland immer prominenteren Menschenrechtsdiskurs einerseits für die eigenen politischen Ziele und Argumentationen einzusetzen, andererseits aber den Menschenrechtsargumenten aus dem anderen politischen Lager gegenüber skeptisch blieb – eine Ambivalenz, ein ‹Fremdeln› mit den Menschenrechten, das sich rückblickend vielleicht auch als Schlüsselmoment für die weitere programmatische Ausrichtung des SOI in den späten 1970er und 1980er Jahren erweisen sollte. Die innen- und aussenpolitische Debatte um die Rolle der Kirchen zeigte den Nexus zwischen neuen sozialen Bewegungen und einer zunehmend globalen und multipolareren Welt: Die Themen Antirassismus und Umgang mit der ‹Dritten Welt› wurden gerade von kirchlichen Akteuren stärker aufgenommen und führten zur Kollision mit dem rechtsbürgerlich-antikommunistischen Lager. Dass in den 1970er Jahren neben den staatlichen Strukturen zunehmend auch soziale Bewegungen und Gruppen zu Mitspielern im politischen und diskursiven Feld wurden, war dem SOI aber nicht nur aufgrund deren politischer Ausrichtung suspekt, sondern auch, weil das in der Totalitarismustheorie verankerte Institut entsprechend staats- und strukturgläubig war. Seine Skepsis gegenüber der Veränderungskraft von sozialen Gruppen und Bewegungen mag auch dazu beigetragen haben, dass das SOI das Potential der nun entstehenden Menschenrechtsgruppen im sozialistischen Machtbereich unterschätzte. Schliesslich bezog das SOI aber auch den überwiegenden Teil seiner Finanzierung, seiner Legitimation und Anerkennung von Akteuren aus den wirtschaftlichen und politischen Netzwerken und Eliten der Schweiz, deren Gefüge von den gesellschaftlichen Veränderungen bedroht scheinen mochte. Und auch die persönliche Expertenposition, die sich Peter Sager in diesem Bereich erarbeitet hatte, wollte er anderen ungern zugestehen: «Dem Pfarrer soll das politische Engagement gewiss nicht verwehrt werden. Aber er sollte es als Staatsbürger äussern und mit der Nennung seines Amtes besonders zurückhaltend sein. Denn seine

⁵⁶ Im Februar 1974 wurde ein Brandanschlag auf das SOI verübt, das anonyme Bekennerschreiben beschuldigte das Institut, von der CIA «und 500 Industriellen» finanziert zu sein: «Ist das Schweizerische Ost-Institut bedroht?», in: Freiburger Nachrichten, 23.2.1974, 3; ausführlich dazu Peter Sager, Gedanken zum Brandanschlag auf das SOI, in: ZeitBild, 5 (1974), 10–11.

Ausbildung bereitet ihn nicht auf politische Aussagen vor.»⁵⁷ Beim Thema Religion ging es also auch um Autorität und gesellschaftliche Ordnungsmodelle, Macht und Deutungshoheit – nicht nur in Osteuropa, sondern vor allem auch in der Schweiz.

Wie hast Du's mit der Religion? – Das Schweizerische Ost-Institut, die Kirchen und die Menschenrechte 1974–1975

In der Endphase der OSZE-Verhandlungen, 1974–1975, veröffentlichte das Schweizerische Ost-Institut (SOI) in Bern mehrere Texte über das Verhältnis von Religion und Kommunismus. Als antikommunistisches Forschungsinstitut nahm es zwar eine kritische Haltung gegenüber dem Verhandlungsprozess ein, bediente sich aber der in den 1970er Jahren populären Menschenrechtsrhetorik, um die Unterdrückung in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang anzuprangern. Dieser Fokus war jedoch nicht nur durch die kritische Situation der religiösen Praktizierenden in Osteuropa motiviert, sondern auch mit einer Kritik an «linken» Tendenzen innerhalb der Schweizer Kirchenorganisationen verbunden. Die Publikationen erschienen kurz vor kantonalen und nationalen Wahlen und wurden aus den Reihen der Zürcher FDP heimlich mitfinanziert. Ihr polemischer Stil stieß jedoch selbst in der politischen Mitte auf Ablehnung. Nach Mitte der 1970er Jahre scheint die Konzentration des Instituts auf religiöse Fragen nachgelassen zu haben, und im Gegensatz zum Institut Glaube in der Zweiten Welt (G2W) beschäftigte sich das Institut kaum mit den neuen Menschenrechtsgruppen in den sozialistischen Ländern.

KSZE-Prozess – Schweizerisches Ost-Institut – Peter Sager – Antikommunismus – Religion – Kirche – Menschenrechte – Osteuropa – Schweiz.

Qu'en est-il de la religion? – L'Institut suisse d'études est-européennes, les Églises et les droits de l'homme 1974–1975

En 1974–1975, durant la phase finale des négociations de l'OSCE, l'Institut suisse d'études est-européennes (Schweizerisches Ost-Institut, SOI), à Berne, a publié plusieurs textes sur la relation entre religion et communisme. Tout en adoptant une position critique à l'égard du processus de négociation, cet institut de recherche anticomuniste a utilisé la rhétorique des droits de l'homme popularisée dans les années 1970 pour dénoncer l'oppression dans les pays situés derrière le rideau de fer. Cette orientation n'était toutefois pas uniquement motivée par la situation critique des pratiquants religieux en Europe de l'Est, mais liée à une critique des tendances «gauchistes» au sein des organisations ecclésiastiques suisses. Publiées peu avant les élections cantonales et nationales, ces publications ont été secrètement cofinancées par des représentants Zurichois du parti libéral suisse (FDP). Leur style polémique a toutefois été rejeté, même au centre de l'échiquier politique. Après le milieu des années 1970, l'intérêt de l'Institut pour les questions religieuses semble s'être estompé et, contrairement à l'*Institut Glaube in der Zweiten Welt* (G2W), l'Institut ne s'est guère intéressé pour les nouveaux groupes de défense des droits de l'homme dans les pays socialistes.

⁵⁷ Sager, Problematische Verwendung (wie Anm. 11), 11. Mein Dank für die konstruktive Kritik zum Thema und zum Text geht an das Reviewerteam und die Redaktion der SZRKG sowie besonders an Stéphanie Roulin für zahlreiche angeregte Diskussionen.

Processus de l'OSCE – Schweizerisches Ost-Institut – Peter Sager – anticomunisme – religion – Église – droits de l'homme – Europe de l'Est – Suisse.

Come va con la religione? – L'Istituto Svizzero dell'Est, le chiese e i diritti umani 1974–1975

Nel 1974–1975, durante la fase finale dei negoziati OSCE, l'Istituto svizzero dell'Est (SOI) di Berna pubblicò diversi testi sul rapporto tra religione e comunismo. Pur assumendo una posizione critica nei confronti delle negoziazioni, questo istituto di ricerca anticomunista utilizzò la retorica dei diritti umani popolare negli anni Settanta per denunciare l'oppressione nei Paesi dietro la cortina di ferro. Questa attenzione, tuttavia, non era motivata esclusivamente dalla situazione critica degli operatori religiosi nell'Europa orientale, ma era legata anche ad una critica delle tendenze «di sinistra» all'interno delle organizzazioni ecclesiastiche svizzere. La pubblicazione avvenne poco prima delle elezioni cantonali e nazionali e fu segretamente cofinanziata da rappresentanti del partito liberale svizzero (PLR) di Zurigo. Il suo stile polemico, tuttavia, incontrò il rifiuto persino del centro politico. Dopo la metà degli anni '70, l'attenzione dell'Istituto per le questioni religiose sembra essersi affievolita e, a differenza dell'*Istituto Glaube in der Zweiten Welt* («Fede nel secondo mondo», G2W), l'Istituto si è appena interessato dei nuovi gruppi per i diritti umani nei Paesi socialisti.

Processo OSCE — Istituto svizzero dell'Est — Peter Sager — anticomunismo — religione — Chiesa — diritti umani — Europa orientale — Svizzera.

What About Religion? – The Swiss Institute for Eastern European Studies, the Churches and Human Rights 1974–1975

In 1974–1975, during the final phase of the OSCE negotiations, the Swiss Institute for Eastern Europe (Schweizerisches Ost-Institut, SOI) in Bern, published several texts on the relationship between religion and communism. While this anti-communist research institute took a critical stance towards the negotiation process, it used the human rights rhetoric popularized during the 1970s to denounce oppression in the countries behind the Iron Curtain. This focus, however, was not solely motivated by the critical situation of religious practitioners in Eastern Europe but linked to a critique of «leftist» tendencies within Swiss church organisations. Published shortly before cantonal and national elections, these publications were covertly co-financed from the ranks of the Swiss Liberal Party (FDP) in Zurich. Their polemic style, however, met with disapproval even from the political centre. After the mid-1970s, the institute's focus on religious questions seems to have faded, and in contrast to the institute *Glaube in der Zweiten Welt* (G2W), the institute was only marginally interested in the new human rights groups in the Socialist countries.

CSCE Process — Swiss Institute on Eastern European Economic Relations — Peter Sager — Anti-Communism — Religion — Church — Human Rights — Eastern Europe — Switzerland.

Eva Maurer, Dr., Universität Bern, Schweizerische Osteuropabibliothek SOB; <https://orcid.org/0000-0002-6612-6955>.

